



♦ Der Industriestrompreis kommt. Die schlechte Nachricht ist: Er wird weniger bringen als erhofft. Und die lippische Kunststoffindustrie wahrscheinlich gar nicht erreichen. Seite 2



♦ Das Bild hat sich kaum geändert: Die Aussichten für die lippische Kunststoffindustrie sind trübe. Inzwischen läuft es in keinem Unternehmen mehr richtig gut. Seite 3



nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.



Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr. 69 | Winter 2025/26

Vernünftiges Ergebnis

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie brachten ein brauchbares Ergebnis in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Dass sich die Arbeitgeber der lippischen Kunststoffindustrie und die IG Metall auf einen vernünftigen Tarifabschluss einigen konnten, ist in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein großer Wert. Am 10. Oktober, am Ende der zweiten Verhandlung, stand das Ergebnis. Zum Oktober 2026 gibt es 2,5 Prozent mehr Geld, damit ist zumindest die Inflation ausgeglichen.

Mehr Geld oder mehr frei

Und für 2026 gibt es erstmals in der lippischen Kunststoffindustrie eine Option zwischen Zeit und Geld, die allerdings alleine der Arbeitgeber entscheidet: 750 Euro mehr Geld im Jahr, zahlbar zum 1. Januar 2026, oder das Geld gewandelt in zusätzliche freie Tage. Je nach Entgeltgruppe entspricht das ungefähr einer bezahlten zusätzlichen freien Arbeitswoche. Das Prinzip dabei: Der Arbeitgeber entscheidet ganz oder gar nicht, er kann nicht einen Teil auszahlen und einen anderen in Frei-

zeit umwandeln. Und er kann die Regelung nur für alle Beschäftigten treffen, Ausnahmen sind nicht möglich. Für 2026 haben sich inzwischen alle tarifgebundenen Unternehmen der lippischen Kunststoffindustrie für die Variante mit den bezahlten, zusätzlichen freien Tagen entschieden.

In Anbetracht der schwierigen Zeiten sei diese Regelung bei den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb gut angekommen, sagt Martin Brummermann, Betriebsratsvorsitzender bei Coko in Bad Salzuflen. Dieses Bild bestätigte sich auch bei einer Abfrage im »Arbeitskreis Kunststoff« der IG Metall Detmold im Dezember.

Auch das Plus bei den Auszubildenden kommt gut an

Positiv hebt Martin Brummermann auch hervor, dass Auszubildende ab Januar 2026 100 Euro im Monat erhalten. »Das ist Zeichen für die Zukunft unserer Betriebe. Die Arbeitgeber haben verstanden«, sagt er.

»Einerseits bringt das Ergebnis unseren Kolleginnen und Kollegen mehr Geld, andererseits bildet es die schwierige wirtschaftliche Lage in den meisten Betrieben ab«, sagt Nikolaus Böttcher, der bei der IG Metall die Verhandlungen führte. Insgesamt sollten sich die Arbeitgeber aber im Klaren sein, dass die Beschäftigten mit dem Ergebnis auch einen Beitrag leisten, um die Betriebe und Arbeitsplätze zu halten. Der Tarifvertrag gilt bis 31. Juli 2027, dann wird neu verhandelt.

» vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie das Statistische Bundesamt Anfang Dezember berichtet, nahmen die Bestellungen im Oktober zu, und zwar im Vergleich zu September um 1,5 Prozent. Bereits im September hatte der Wert um 2,0 Prozent zugelegt. Damit gibt es gesamtwirtschaftlich wieder mehr Aufträge – allerdings zu einem großen Teil getragen von Rüstungsgeschäften. Für einen echten Aufschwung reicht das nicht, eher wird ein weiteres Absacken verhindert.



Bislang kommt von den vermehrten Aufträgen in der lippischen Kunststoffindustrie wenig an. Gebe es ein Geschichtsbuch für unsere Branche, wäre dort 2025 als besonders schlimmes Jahr eingetragen. Nicht allen, aber vielen Unternehmen ging es schlecht, Nachfolgeaufträge fehlen, Abnehmerbranchen wie Möbel oder Automobil schwächeln. Die Folgen sind leidlich bekannt: An der Unsicherheit, ob das eigene Unternehmen auf Dauer überhaupt weiterexistiert, hängt ganz unmittelbar die Angst um den eigenen Arbeitsplatz. Und in vielen Betrieben gab es 2025 Kurzarbeit und damit spürbar geringere Einkommen der Beschäftigten.

Was schon für 2024 und 2025 angekündigt war, muss 2026 endlich kommen: Ein umfassender wirtschaftlicher Aufschwung. Das würde der lippischen Kunststoffindustrie die Möglichkeit geben, Luft zu holen und wieder nach vorne zu schauen.

Auch wenn das Jahr schwierig war, wünschen wir ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins Jahr 2026 – und vor allem ein gutes Leben mit Familie und Freunden und immer gute Gesundheit!

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold



Das haben wir erreicht

750 Euro mehr für 2026 oder vom Arbeitgeber gewandelt in freie Tage

2,5% mehr zum 01.10.2026

100 Euro mehr im Monat für Auszubildende

fett-ecke Die Bahn kommt – oder auch nicht

Wer zur Zeit Bahn fährt, ist gekniffen. Das war auch schon in den vergangenen Jahren so und wird aktuell eher schlechter als besser. Ständig ist was kaputt, die Züge kommen zu spät oder inzwischen immer häufiger einfach gar nicht. Was für die Deutsche Bahn ganz praktisch ist, weil ausgefallene Züge nicht unter Verspätungen gebucht werden, also aus der Statistik rausfallen. Die Logik: Was gar nicht erst fährt, kann auch nicht zu spät kommen. Besserung? Irgendwann im nächsten Jahrzehnt. Für 2026 kündigt die Bahnchefin Evelyn Palla mehr als 28.000 Baustellen im Gleisnetz an und weiß, dass da nichts besser wird.

Betroffen davon ist auch das Lipperland. Viele Verbindungen werden von der Eurobahn bedient. Die ist inzwischen pleite, die Züge deutlich in die Jahre gekommen. In den meisten sind die Toiletten bereits mit Absperband versehen, weil sie niemand mehr

repariert. Hätte der Nahverkehrsverband NWL Anfang 2025 die Eurobahn nicht übernommen, würde in Lippe nicht mehr viel fahren. Dabei ist der Verband überhaupt kein Verkehrsunternehmen, sondern ein Zweckverband der Kommunen, der Strecken aus schreibt, für Verkehre sorgt. Mit der Übernahme sind zunächst auch die rund 900 Arbeitsplätze der Eurobahn in Nordrhein-Westfalen gesichert.

Im Herbst 2025 dann immer wieder Baustellen zwischen Bielefeld, Detmold und Altenbeken. Immer wieder Zugausfälle, Gleiserneuerungen zwischen Lage und Lemgo. Mit der Bahn zur Arbeit wird damit praktisch unmöglich.

Und als ganz großes Thema steht die Erneuerung der stark genutzten Strecke zwischen Hannover und Bielefeld im Raum. Sie berührt den Kreis Lippe kaum und führt vor allem durch den Kreis Herford, nordwestlich

an Bad Salzuflen vorbei und links oder rechts an Vlotho vorbei, sehen die Planungen vor. Vor Ort hat sich erheblicher Protest gegen den Neubau der Trasse formiert. Und tatsächlich ist es so, dass die Bahn mehr Gleise braucht, gerade auf den viel befahrenen Strecken, zu denen Hannover-Bielefeld gehört. Doch: Wie gerne, siehe Stuttgart 21, setzt die Bahn auf große Lösungen, die den Menschen vergleichsweise wenig bringen. Statt die bisherige Trasse von zwei auf drei oder besser vier Gleise zu verbreitern, soll gleich ganz neu gebaut werden. Die alte, bisherige Trasse habe zu viele Kurven, damit ließe sich die Fahrzeit zwischen Bielefeld und Hannover nicht verkürzen und so der Deutschlandtakt nicht erreichen. Bislang braucht der ICE, wenn er denn fährt, 48 Minuten von Bielefeld nach Hannover, mit der neuen Trasse sollen es 31 Minuten sein. Die Bahn denkt groß – und keineswegs regional.

Denn ein echter Fortschritt wäre es schon, sie würde überhaupt zuverlässig und pünktlich fahren. Die Bahn interessieren aber vor allem die Fernverbindungen, und da die schnellen ICEs. Was in der Fläche, in diesem Fall Ostwestfalen-Lippe passiert, ist da offenbar vergleichsweise egal, auch wenn die Bahn gerne immer wieder das Gegenteil behauptet.

Für die Verkehrswende und das Erreichen von Klimaschutzzielen ist die Bahn extrem wichtig. Allerdings weniger im Sinne von immer schnelleren Verbindungen zwischen Metropolen denn mehr in der Fläche. Die Zukunft der Mobilität liegt eben weniger im Automobil, im Individualverkehr denn mehr in vernetzten Verkehren, die gutes und sicheres Vorankommen mit einer guten Klimabilanz kombinieren und die Landschaft nicht mit weiteren Straßen zubauen. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg.

► kurz berichtet

Rente erst mal gesichert

Die gesetzliche Rente ist unter Druck: Weniger und später lauten die Forderungen. Arbeiten bis 70 Jahren und ein Rentenniveau von unter den 48 Prozent, die die Rentenversicherung aktuell bei 45 Beitragsjahren mit dem Durchschnittsverdienst leistet. »Wir sind froh, dass das Rentenniveau von 48 Prozent zumindest bis 2031 gesichert ist«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold, zur Entscheidung des Deutschen Bundestags, das Rentenpaket der Bundesregierung mehrheitlich zu verabschieden. »Auf Dauer wird das aber nicht reichen. Die gesetzliche Rentenversicherung braucht ein höheres Niveau, um ein würdevolles Leben im Alter zu sichern«.

Die IG Metall fordert bereits seit Langem gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden wie dem Paritätischen, dass alle Beschäftigten, auch Selbstständige und Beamte, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Einem Renteneintritt später als mit 67 Jahren erteilt die IG Metall eine deutliche Absage. Bereits heute schaffen es viele Beschäftigte gar nicht bis zum Renteneintrittsalter. Aktuell liegt es Renteneintrittsalter bei 66 Jahren und zwei Monaten und steigt bis 2031 auf 67 Jahre.

Zwar werden Menschen in Deutschland älter, seit Beginn des Jahrtausends gibt es allerdings kaum noch Fortschritte. Bei Männern ist die Lebenserwartung von 2006 bis 2023 um gerade mal ein Jahr gestiegen, bei Frauen sogar noch weniger. Darüber hinaus zeigen neueste Studien, dass die Lebenserwartung sehr stark vom Einkommen abhängt – wer wenig Entgelt hat stirbt eher.

Auch hinter die demografische Entwicklung steht ein Fragezeichen. 2024 beispielsweise gab es 46,1 Millionen Beschäftigte in Deutschland, so viel wie noch nie seit der Wiedervereinigung – und satte drei Millionen mehr als 2015. »Die künftige Entwicklung beruht auf Prognosen. Niemand weiß etwa, wieviel Zuwanderung es in den kommenden Jahrzehnten geben oder sich die Geburtenrate verändert wird und damit Menschen, die zusätzlich arbeiten werden. Da rechnen Institute schon seit Jahrzehnten vor, immer weniger würden in das Rentensystem einzahlen, es würde folglich kollabieren. Doch bewahrheitet hat sich das nicht.

Industriestrompreis kommt – aber nur für wenige

Fünf Cent für Strom. Das würden alle nehmen. Bekommen soll den günstigen Preis aber nur die Industrie über staatliche Zuschüsse. Doch möglicherweise ist das Ganze gar nicht attraktiv.

Die Bundesregierung hat einen Industriestrompreis beschlossen, gültig ab 1. Januar 2026. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu halten und so die industrielle Wertschöpfungskette zu erhalten. Zuvor hatte die die Kommission der Europäischen Union grünes Licht gegeben, sie erlaubt Rabatte von bis zu 50 Prozent auf die Hälfte des Stromverbrauchs.

Welche Branchen den staatlich subventionierten Strompreis erhalten, steht auf der sogenannten KUEBLL-Liste (Carbon Leakage-Liste). Auf die haben sich die Staaten der Europäischen Union geeinigt, ursprünglich um energieintensiven Betrieben eine Zukunft innerhalb der EU zu sichern. Die Bundesregierung nutzt die Liste, um festzulegen, wer überhaupt vom Industriestrompreis profitieren kann. Die Kosten pro Jahr werden auf 3 bis 5 Milliarden Euro veranschlagt, bezahlt aus dem Klima- und Transformationsfonds, in den das Geld aus der CO2-Bepreisung fließt. Also auch durch Zahlungen von Unternehmen, die nicht in den Genuss des vergünstigten Stroms kommen.

Der Industriestrompreis ist ein typischer Fall von staatlicher Subventionierung. Innerhalb der Europäischen Union machen das alle wichtigen Industrienationen auf unterschiedlichem Niveau. Sie dem Beginn der Energiepreiserhöhungen 2023 etwa subventionierte die französische Regierung stark und drückte den Strompreis für die Industrie auf Richtung 5 Cent. Das Antragsverfahren ist jedoch kompliziert, das Wirtschaftsministerium arbeitet noch an Details zu den Antragsverfahren, Fördersätzen und Kriterien, obwohl es ja eigentlich schon zum 1. Ja-



herstellen. Die einzelnen Unternehmen in Lippe prüfen gerade, inwieweit sie profitieren können oder nicht.

Ob am Ende die energieintensiven Unternehmen eine Rabattierung beantragen werden oder nicht, steht auch noch nicht fest. Möglicherweise sind die Effekte viel geringer als vom Bundeswirtschaftsministerium dargestellt. Denn wer einen reduzierten Strompreis will, muss etwa nachweisen, dass er in die Dekarbonisierung investiert, dass ist in dem geforderten Umfang an vielen Standorten aber gar nicht möglich oder den Unternehmen fehlt das Kapital dafür.

Zudem wird es wahrscheinlich Querverrechnungen geben. Wer als Unternehmen eine sogenannte Strompreiskompensation erhält und damit ganz oder teilweise von der Zahlung von CO2-Kosten freigestellt wird, muss damit rechnen, dass dieser geldliche Vorteil mit einem Industriestrompreis verrechnet wird. Das Prinzip »linke Tasche, rechte Tasche« könnte dazu führen, dass viele Unternehmen auf den Industriestrompreis verzichten, weil er viel Aufwand und Investitionszusagen bedeutet und nur wenig bringt. Oder nur die ganz großen Unternehmen der Industrie werden zuschlagen. Dass fördert dann aber im Zweifel eher die Konzentration, verzerrt den Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union und Deutschland und schützt die Industrie insgesamt nicht.

Auch die normalen kleinen Verbraucher sollen 2026 entlastet werden, der Staat übernimmt mehr Netzentgelte, die für den Verbraucher dann eine Entlastung bedeuten. Die Dimension ist überschaubar, aber immerhin vorhanden.

KUEBLL-Liste

- Die KUEBLL-Liste ist eine Liste der Europäischen Union. Sie benennt Branchen, die auf Grund ihrer hohen Energiekosten aus der Europäischen Union abwandern könnten, weil in anderen Regionen der Welt die Energiekosten niedriger sind.
- Die KUEBLL-Liste umfasst Branchen, die ohne weiteren Nachweis auf den abgesenkten Strompreis zugreifen können. Darunter fällt auch die Kunststoffindustrie. Weitere Industrien sind Metallherstellung, die Chemieindustrie, aber auch die Produktion von Zement beispielsweise.

nuar 2026 losgehen soll. Stand jetzt, Mitte Dezember 2025, wird die lippische Kunststoffindustrie wahrscheinlich nicht profitieren. Die Betriebe sind möglicherweise zu klein. Obwohl die Kunststoffindustrie auf der KUEBLL-Liste steht, geht es wahrscheinlich eher um die Unternehmen, die das Granulat

Index gute Arbeit

Was schief läuft

Die Beschäftigten in NRW leiden unter einer hohen Arbeitsintensität, wie z. B. unter Arbeitshetze und Termin- und Zeitdruck.



Was gut läuft

Die Beschäftigten in NRW schreiben ihrer Arbeit einen hohen Sinngehalt zu. Zudem sind sie weniger um ihre Beschäftigungssicherheit besorgt.



Gesamtbewertung der Arbeitsqualität

Durchschnittlich beurteilen die Beschäftigten in NRW ihre Arbeit im oberen Mittelfeld.

Von insgesamt 100 möglichen Indexpunkten erreicht der Indexwert in NRW 66 Punkte und liegt damit auf bundesweitem Niveau.

Ganze 15%

der Beschäftigten in NRW müssen unter schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten; sie kommen auf weniger als 50 Indexpunkte.

Nur 16%

kommen auf einen Indexwert, der unserem Leitbild für Gute Arbeit entspricht.

Prekär Beschäftigte sorgen sich um ihr Einkommen, ihre Rente und ihre berufliche Perspektive.

Befragte, die befristet oder als Leiharbeiter*innen beschäftigt sind, bewerten ihre Arbeitsqualität schlechter.

Sie sind mit ihrem Einkommen und ihrer Rente unzufriedener und sorgen sich mehr um ihre berufliche Perspektive.



Die Aussichten bleiben ungewiss

2025 war für die lippische Kunststoffindustrie kein gutes Jahr. Abnehmerbranchen schwächeln. Die Hoffnung liegt nun darauf, dass die Wirtschaft im kommenden Jahr endlich wieder ordentlich zulegen kann.

Bei **Coko** bleibt die Lage überschaubar. Projekte laufen aus, neue kommen kaum dazu. Was auch dazu führt, dass Beschäftigte aus den Projekten, Ingenieure etwa, das Unternehmen verlassen, weil es zu wenig Neues gibt, was es bis zur Serienreife zu entwickeln gibt. Waren es mal über 500, arbeiten aktuell rund 480 Kolleginnen und Kollegen bei Coko in Bad Salzuflen. Der ErgTV sichert zwar die Beschäftigung, aber Beschäftigte gehen aus eigenen Stücken, vor allem aus dem indirekten Bereich.

Das für den Sanierungsprozess vereinbarte Gutachten nach IDW S6 ist erstellt (Stand Anfang Dezember 2025). Solche Gutachten werden von Wirtschaftsprüfern verfasst, im Auftrag der Banken. Die Beschäftigten leisten ihren Beitrag über den ErgTV, weitere Beiträge der Gesellschafter sind über den ErgTV definiert. Das Gutachten ist noch nicht geschlossen. »Wir haben aber Signale, dass das auf einem guten Weg ist. Das Gutachten ist noch nicht finalisiert, Bedingungen müssen erfüllt werden. Hierzu zählt der Verkauf der polnischen Tochtergesellschaft«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Im Werk selbst gibt es schon zu tun, aber »wir fertigen mit weniger Gas«, wie Martin Brummermann, der Betriebsratsvorsitzende betont. Die Geschäftsführung hat die Beschäftigten aufgefordert, Stunden abzubauen. Nach der Betriebsruhe über Weihnachten soll es im Januar 2026 wieder normal los gehen, von Kurzarbeit ist zur Zeit nicht die Rede. »Im Rückblick war 2025 ein schlimmes Jahr für Coko, wir hoffen sehr, dass es 2026 besser wird«, sagt Martin Brummermann. Der Betriebsrat ist im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen. Viele sind verunsichert. Hinzu kommt, dass es untereinander Schuldzuweisungen gibt. »Die Stimmung ist einfach schlecht«, sagt Martin Brummermann.

Eine Weihnachtsfeier wird die Stimmung jedenfalls nicht aufhellen. Denn eine solche findet in diesem, wie auch schon im vergangenen Jahr nicht statt, sie ist dem Rotstift zum Opfer gefallen, den die Geschäftsführung angesetzt hat. Stattdessen

haben alle Mitarbeiter ein Gutschein für einen Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt erhalten.

Was bereits angelaufen ist, sind die Aktivitäten für die Betriebsratswahl 2026. Der Wahlvorstand ist an der Arbeit, möglicherweise wird bereits vor März 2026 gewählt, der genaue Termin steht aber noch nicht fest.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop bleibt die Auftragslage schlecht. Es kommt immer wieder zu Kurzarbeit, diese droht auch in den kommenden Monaten. Der Betriebsrat hat der Kurzarbeit bis Ende Juni 2026 zugestimmt. »Leider endet das Jahr nicht gut. Aber wir setzen nun auf 2026. Für uns geht es da ausschließlich darum, den Betrieb und damit die Arbeitsplätze abzusichern und endlich wieder das Gefühl zu bekommen, dass alles in soliden Bahnen verläuft«, sagt Marcel Gerdt, der Betriebsratsvorsitzende. 188 Beschäftigte arbeiten noch bei Oskar Lehmann – und damit zwei weniger als vor drei Jahren. Leiharbeiter sind keine im Betrieb eingesetzt. Erfreulich hoch ist weiterhin die Zahl der Auszubildenden mit 19.

Um die Liquidität abzusichern haben die IG Metall und Betriebsrat mit der Geschäftsleitung über die Splitting des Weihnachtsgelds verhandelt. Im Oktober fand dazu eine Mitgliederversammlung statt in der darüber abgestimmt wurde, das Ergebnis der Abstimmung war einstimmig für die Splitting. So wurde der erste Teil des Weihnachtsgelds mit der Novemberabrechnung gezahlt, der Rest soll dann mit der Februarabrechnung ausgezahlt werden.

Die Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen in 2026 sind angelaufen.

Zwei Trauerfälle hat Oskar Lehmann zu beklagen. Zwei Gesellschafter sind verstorben, davon war einer der Seniorchef der auch gleichzeitig der Firmengründer war.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell rund 290 Beschäftigte und damit ungefähr so viele wie vor drei Monaten. Zwei betriebsbedingte Kündigungen hat es in den vergangenen drei Monaten gegeben. Auch Ninkaplast leidet inzwischen unter einem mauen Auftragseingang, der Betriebsrat bezeichnet diesen als schlecht. »Die Aussicht für nächstes Jahr sieht trüb aus, wenn nichts Außergewöhnliches zu den Aufträgen, die wir haben, dazu kommt«, sagt Esin Kocaaga, der Betriebsratsvorsitzende. Entsprechend wird von montags bis freitags gearbeitet, Überstunden fallen keine an. Leiharbeiter sind keine mehr im Betrieb.

Unverändert 15 Auszubildende lernen bei Ninkaplast. Betriebsvereinbarungen werden aktuell keine verhandelt.



Bei **Kingspan Light + Air GmbH** in Bad Salzuflen berichtet der Betriebsrat von einer »durchwachsenen Lage«. Die Zahl der Beschäftigten ist leicht rückläufig, da frei werdende Stellen etwa durch Renteneintritt aktuell nicht nachbesetzt werden.

Aufträge sind da, aber nicht mehr so viele wie in den Jahren davor. Da hatte der Betrieb richtig gute Zeiten, was den Umsatz und vermutlich auch den Gewinn angeht. In diesem Jahr 2025 wird es wohl eher um eine schwarze Null gehen. Was angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds vollkommen in Ordnung wäre. Doch die Geschäftsführung will schnell wieder auf die Erfolgsspur und

hat für 2026 angekündigt, die internen Strukturen zu überdenken. »Die Wettbewerbsfähigkeit steigern zu wollen, klingt in unseren Ohren danach, Kosten sparen zu wollen. Wir werden genau hinschauen, ob das auch für die Beschäftigten Auswirkungen hat«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende.

Zum Strukturthema gehört aus Sicht des Betriebsrats auch, dass die seit Monaten stattfindenden Umzüge im Betrieb weiter andauern – in der Regel zu Lasten der Beschäftigten. Der Betriebsrat fordert stattdessen vernünftige Arbeitsbedingungen statt ständiger Umzüge.

Richtig ärgerlich findet der Betriebsrat die Ankündigung der Geschäftsführung, 2026 nicht neu auszubilden. Traditionell bildet der Betrieb gut 15 junge Menschen aus, in jedem Jahr starten sechs oder sieben neu. »Wir verstehen den Sinn dieser Maßnahme nicht und fordern die Geschäftsführung auf, das zu überdenken. Auszubildende sind immer eine Investition in die Zukunft«, sagt Halil Annac.

Nach der Betriebsruhe, die bis zum 5. Januar dauert, ist für zumindest eine Abteilung angekündigt, mit weniger Stunden zu starten.

Abgeschlossen haben Geschäftsführung und Betriebsrat kürzlich eine Betriebsvereinbarung zur Allgemeinen Gefährdungsbeurteilung. »Diese ist besser als die alte, weil die Mitbestimmung mehr beachtet wird. Das alte Regelwerk war nicht mehr aktuell«, sagt Halil Annac. Ebenfalls abgeschlossen wurden Betriebsvereinbarungen zu »Auditor Plus«, einer Verwaltungssoftware, die unter anderem den Arbeits- und Gesundheitsschutz und Gefährdungsbeurteilungen nachhalten soll. Aus Sicht des Betriebsrats geht es bei der Betriebsvereinbarung vor allem um Datenschutz. Abgeschlossen wurde zudem eine Betriebsvereinbarung zur Geschäftsordnung Arbeitssicherheitsausschuss.

Der Betriebsrat bedauert, dass die Weihnachtsfeier den Sparmaßnahmen der Geschäftsführung zum Opfer gefallen ist und hofft, dass 2026 endlich wieder eine stattfindet.

8 Stunden werden häufig überschritten mit negativen Folgen

Die zentralen Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit 2025 liegen vor. Der Gesamtindexwert wird auf Basis der Antworten der Beschäftigten auf 42 Fragen ermittelt. Die Werte liegen zwischen 0 und 100 Punkten, wobei 0 Punkte die denkbar schlechteste Arbeitsqualität und 100 Punkte die bestmöglichen Arbeitsbedingungen ausdrücken. Der Gesamtindexwert in NRW liegt bei 66 von 100 Punkten und damit annähernd im bundesweiten Schnitt (siehe auch die Grafik auf der Seite 2 unten). Mit Blick auf die elf Kriterien der Arbeitsqualität zeigen sich nur leichte Verschiebungen. Wie in der Vergangenheit wird die Sinnhaftigkeit der eigenen Tätigkeit am besten bewertet. Die niedrigsten Indexwerte finden sich erneut im Feld der Arbeitsintensität. Zeitdruck, Störungen und Unterbrechungen sowie widersprüchliche Anforderungen kennzeichnen den Arbeitsalltag vieler Beschäftigter.

Verschlechterte Werte bei Beschäftigungssicherheit

Während die Indexwerte in vielen Teilbereichen stabil sind, zeigt sich bei der Bewertung der Beschäftigungssicherheit eine Verschlechterung um zwei Punkte gegenüber dem Vorjahr. Wirtschaftliche Krisen und der massive Beschäftigungsabbau in einigen Branchen hinterlassen ihre Spuren offensichtlich auch in der Wahrnehmung der Beschäftigten.

Die große Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland (72 Prozent) möchte ihre tägliche Arbeitszeit auf maximal 8 Stunden begrenzen. Besonders bemerkenswert: Selbst von denjenigen, die den 8-Stunden-Tag sehr häufig oder oft überschreiten, würden 59 Prozent ihn gerne einhalten. Zufrieden mit ihrer aktuellen wöchentlichen Arbeitszeit sind lediglich 40 Prozent der Beschäftigten. 53 Prozent wünschen sich kürzere Arbeitszeiten. Bei schlechten Arbeitsbedingungen wünschen sich sogar 72 Prozent kürzere Arbeitszeiten. Der am häufigsten genannte Grund für die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit sind unflexible betriebliche Arbeitsabläufe – 63 Prozent nennen starre Strukturen als Hinderungsgrund für kürzere Arbeitszeiten. 60 Prozent der Beschäftigten können die Arbeitsmenge nicht in der vorgesehenen Zeit schaffen.

In der Realität überschreiten mehr als 40 Prozent der Beschäftigten den 8-Stunden-Tag häufig. Je öfter die Grenze von 8 Stunden überschritten wird, desto gravierender sind die Folgen. Beschäftigte, die sehr häufig über 8 Stunden arbeiten, können deutlich schlechter von der Arbeit abschalten (51 Prozent gegenüber 21 Prozent bei Einhaltung des 8-Stunden-Tags). Sie fühlen sich doppelt so häufig nach der Arbeit leer und ausgebrannt (46 Prozent gegenüber 23 Prozent).

Auch die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben wird massiv beeinträchtigt: Während bei Einhaltung des 8-Stunden-Tags nur 12 Prozent von Vereinbarkeitsproblemen berichten, steigt dieser Anteil bei sehr häufiger Überschreitung auf 44 Prozent. Besonders viele Beschäftigte (63 Prozent) berichten von Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit, wenn Betriebe die Arbeitszeit kurzfristig ändern. Eine vollständige Erfassung der Arbeitszeit durch den Betrieb – wie dies rechtlich vorgeschrieben ist – wird lediglich von 70 Prozent der Befragten berichtet. 23 Prozent verfügen über keine Arbeitszeiterfassung, bei 7 Prozent werden die Arbeitszeiten nur unvollständig erfasst. Die Daten zeigen deutlich: Arbeitszeiterfassung wirkt als Schutzinstrument.

Zu diesen und anderen Ergebnissen der Befragung mit dem DGB-Index Gute Arbeit liefert der Jahresbericht 2025 umfangreiches Material. <https://index-gute-arbeit.dgb.de>

» recht praktisch

5 Euro zu wenig für Arbeitsentgelt

Was ist eine Aufwandsentschädigung –und nicht sozialversicherungspflichtig – und was ist Arbeitsentgelt? Diese Frage landete auf dem Tisch des Landessozialgerichts in Hessen. Die Antwort: Wer etwa in einem gemeinnützig geführten Museum tätig ist und da 5 Euro in der Stunde erhält, übt eine ehrenamtliche Tätigkeit aus idellen Zwecken aus. Eine Sozialversicherungspflicht besteht nicht. Der konkrete Fall: Ein gemeinnütziger Verein, der ein Museum betreibt, zahlte vier Personen, die bei ihm tätig sind, fünf Euro pro Stunde. Die Deutsche Rentenversicherung bewertete die über der jährlichen Ehrenamtspauschale von 720 Euro gezahlten

Beträge als Arbeitsentgelt. Hierfür habe der Verein sozialversicherungsrechtliche Beiträge nachzuzahlen. Dies sah das Landesarbeitsgericht in seinem Urteil aber nicht so. Bei den Zahlungen handele es sich um pauschale Aufwandsentschädigungen, mit welchen Fahrtkosten und Verpflegung abgegolten werden sollten. Die Vergütung von 5 Euro pro Stunde habe erheblich unter dem Mindestlohn gelegen und sei nachweislich hinter einer adäquaten Gegenleistung für die Tätigkeit zurückgeblieben, schrieb das Gericht in seiner Begründung. Dass die Zuwendungen die steuerrechtliche Ehrenamtspauschale überschritten hätten, hält das Gericht für unbeachtlich. (Landessozialgericht Hessen, Urteil vom 23.01.2025 – L 1 BA 64/23)

Heikes Kräuterfaltenbrot

Zutaten für das Kräuterfaltenbrot: 600 g Mehl, 300 ml Wasser (lauwarm), 1 Würfel Hefe, ½ TL Zucker, 2 TL Salz, 50 ml Öl, 100 g Kräuterbutter. Und so wirds gemacht: Alle Zutaten bis auf die Kräuterbutter vermengen und zu einem Teig kneten. Den Teig auf etwa Backblechgröße auf einer bemehlten Fläche ausrollen und mit Kräuterbutter bestreichen.



Nun den Teig in etwa 5 Zentimeter breite Streifen schneiden und diese dann einzeln zieharmonika-ähnlich zusammenlegen. Die gefalteten Teigstreifen in einer gefetteten Springform nebeneinandersetzen und 15 Minuten gehen lassen. In dieser Zeit den Backofen auf 200 Grad Celsius vorheizen. Anschließend das Brot 25 bis 30 Minuten backen.Achtung! Die Springform beim Backen eventuell auf ein Backblech stellen, da die Kräuterbutter auslaufen kann. (Oder einfach Backpapier verwenden). Wir wünschen guten Appetit!

Impressum

»Nachdruck«
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie
Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerdt, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann
Fotos: S2. oben Manfred Horn, S2. unten: DGB, S3. unsplash, alle weiteren IG Metall
Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn
Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff »nachdruck« an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

Die IG Metall Detmold wünscht entspannte Tage zwischen den Jahren. Frohe Weihnachten und guten Rutsch in ein gutes neues Jahr 2026!

We wish you a Merry Christmas | Size Mutlu Noeller diliyoruz | Życzymy Wesołych Świąt | Мы желаем вам счастливого Рождества | نتمنى لكم عيد ميلاد سعيد | Em ji we re Newroza Merryê dixwazin | Desejamoslhe um Feliz Natal | Te deseamos una feliz navidad | Ti auguriamo un buon Natale | Σας ευχόμαστε Καλά Χριστούγεννα | Wir wünschen frohe Weihnachten!



Was wir uns für 2026 nicht wünschen

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

Name

Vorname

Geburtsdatum

TTMMJJJJ

Geschlecht

☐ weiblich
☐ männlich
☐ divers
☐ keine Angabe

Mobitel.

☐ dienstlich ☐ privat

Telefon

☐ dienstlich ☐ privat

Straße

Hausnr.

Land

PLZ

Wohnort

E-Mail

☐ dienstlich ☐ privat

Staatsangehörigkeit

Ich bin

☐ Vollzeit beschäftigt ☐ Teilzeit beschäftigt ☐ in Altersteilzeit Arbeitsphase ☐ in Altersteilzeit Freistellungsphase ☐ solo-selbstständig

Betrieb/Einsatzbetrieb

PLZ

Ort

☐ Leihbeschäftigte*r ☐ mit Werkvertrag ☐ befristet

von:

bis:

Ich bin derzeit

☐ Auszubildende*r ☐ dual Studierende*r ☐ Student*in ☐ Schüler*in ☐ Ferienbeschäftigte*r

von:

bis:

wenn Student*in, Hochschule:

IBAN

Durchschnittliches Bruttomonatseinkommen, davon 1 % = Mitgliedsbeitrag

Der Beitrag beträgt 1 % des durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens. Der Beitrag für Mitglieder in (hoch-)schulischer oder universitärer Vollzeitweiterbildung beträgt 3 €.

Beitritt:

Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz:

Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter www.igmetall.de/datenschutz.

SEPA-Lastschriftmandat

(wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 2ZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

X Ort/Datum/Unterschrift